

## **Antrag**

**der Abgeordneten Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Norbert Blüm, Siegfried Helias, Joachim Hörster, Rudolf Kraus, Dr. Manfred Lischewski, Marlies Pretzlaff, Erika Reinhardt, Hans-Peter Repnik, Dr. Christian Ruck, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Perus Rückkehr zur Demokratie unterstützen**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Perus Demokratie befindet sich in einer tiefen Krise. Präsident Fujimori, der 1990 erstmals die Präsidentschaftswahl gewonnen hatte, hat zumindest seit der Entmachtung des peruanischen Parlaments mit Zustimmung der Armee im Jahre 1992 das Land unter Außerkraftsetzung der Verfassung regiert. Nach 1995 wurde er auch 2000 nochmals im Amt bestätigt, wobei ihm eine Verletzung der Verfassung, massive Wahlfälschungen und Stimmenkäufe vorgeworfen wurden. Nachdem Beweismaterial in Form eines Videobandes für den letztgenannten Vorwurf auftauchte, kündigte Fujimori seinen Rücktritt und Neuwahlen ohne eigene Kandidatur für das kommende Jahr an. Die Forderung der Opposition nach sofortigem Rücktritt lehnte er ab. Verhandlungen zwischen Fujimori, Vertretern der Opposition und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) führten zum Ergebnis, Wahlen für den 8. April 2001 zu terminieren. Großen Unmut in der peruanischen und internationalen Öffentlichkeit hat allerdings die Forderung Fujimoris ausgelöst, Grundbedingung zur Abhaltung von Neuwahlen sei eine umfassende Amnestie für Militär, Polizei und Geheimdienst, die sämtliche Menschenrechtsverbrechen bei der Terrorismusbekämpfung sowie die Verwicklung in den Drogenhandel beinhalten müsse.

Die politische Krise in Peru scheint sich zuzuspitzen. Obwohl Fujimori zusichert, er habe als Oberkommandierender die volle Kontrolle über die Streitkräfte, mehren sich die Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch. Die Rückkehr des früheren Geheimdienstchefs und engen Vertrauten des Präsidenten, Montesinos, aus Panama hat die Situation verschärft. Sie löste nicht nur heftige Zusammenstöße zwischen oppositionellen Demonstranten und der Polizei aus, sondern veranlasste Vizepräsident Tudela, sein Amt zur Verfügung zu stellen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beabsichtigt nach eigener Aussage, vor Klärung der unübersichtlichen Lage keine neuen Regierungsverhandlungen zur Fortführung der Entwicklungszusammenarbeit mit Peru abzuhalten.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf:

1. sich auf bilateraler und multilateraler Ebene für umfassende Schritte zur Wiederherstellung und Respektierung von Verfassung und Demokratie in Peru einzusetzen.
2. in Koordinierung und Kooperation mit den anderen bi- und multilateralen Gebern auch im Falle der Reduzierung der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit auf nichtstaatlicher Ebene verstärkt mit Hilfe der politischen Stiftungen, kirchlichen Organisationen und sonstigen Nichtregierungsorganisationen auf eine Stärkung der demokratisch ausgerichteten Gruppierungen innerhalb der Zivilgesellschaft und eine Steigerung der Partizipation der peruanischen Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess hinarbeiten.
3. in der zukünftigen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit einen Schwerpunkt bei der Modernisierung des Staates z. B. durch Förderung der Dezentralisierung und einer Justizreform zu setzen.
4. finanzielle Mittel aus der Schuldenumwandlung mit Peru ebenfalls verstärkt für die Förderung des Demokratieprozesses einzusetzen und dafür bestehende Fondsmodelle, von denen vor allem lokale Nichtregierungsorganisationen profitieren, zu nutzen.
5. die peruanische Regierung bei der Eindämmung des Einflusses der Streitkräfte zu unterstützen.
6. zur Verankerung eines soliden Demokratiebewusstseins in den Streitkräften durch umfassende Ausbildungsprogramme insbesondere für die Offiziersränge und die Ausbilder an den Militärschulen beizutragen.
7. von der peruanischen Regierung die Einhaltung der verfassungsmäßig garantierten Gewaltenteilung einzufordern und sie bei der Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsorgane, insbesondere der Judikative, von der Exekutive zu unterstützen.
8. die peruanische Regierung zur Einleitung nachhaltiger Schritte zur Bekämpfung der Korruption anzuhalten und sie hierbei zu unterstützen.
9. die Situation der Menschenrechte in Peru genau zu beobachten und zur Stärkung der Position des dort tätigen Menschenrechtsbeauftragten beizutragen sowie die peruanische Regierung aufzufordern, ihre Mitarbeit im lateinamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte wieder aufzunehmen.
10. die peruanische Regierung dazu anzuhalten, den Prinzipien von Kontinuität und Kompetenz in der Personalausstattung der Ministerien, Administration und entwicklungspolitischen Partnerorganisationen erheblich mehr Gewicht als bisher einzuräumen.

Berlin, den 7. November 2000

**Klaus-Jürgen Hedrich**  
**Dr. Norbert Blüm**  
**Siegfried Helias**  
**Joachim Hörster**  
**Rudolf Kraus**  
**Dr. Manfred Lischewski**

**Marlies Pretzlaff**  
**Erika Reinhardt**  
**Hans-Peter Replik**  
**Dr. Christian Ruck**  
**Peter Weiß (Emmendingen)**  
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**